nr. 4 – sept/okt 2023

ecke müllerstraße

zeitung für das »lebendige zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

WELCHE ECKE?

Ch. Eckelt

Wo hat unser Fotograf Christoph Eckelt dieses Foto aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Gutschein über 20 Euro für das Kino Alhambra. Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 2. Oktober 2023. Das Bilderrätsel in der Ecke Müllerstraße 3/2023 zeigte den Eingang zur U-Bahn-Hauptwerkstatt der BVG in der Müllerstraße. Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern. Den Kinogutschein hat Gabriele Paulisa gewonnen – herzlichen Glückwunsch!

6. Oktober: Clean-Up-Day auf dem Leopoldplatz

Der große »World Cleanup Day« findet in diesem Jahr zwar schon am 16. September statt. Unter den zehn Orten, die diesmal in Berlin an der Reihe sind, findet sich aber keiner im Wedding. Das macht aber nichts, denn aufgeräumt werden kann auch später noch: Am Freitag, dem 6. Oktober zum Beispiel. Denn da ist der Leopoldplatz an der Reihe – und der hat es besonders dringend nötig.
Mit Unterstützung der Initiative »wirBerlin« (die den World Cleanup Day in Berlin organisiert), dem Bezirksamt Mitte, lokalen Projekten und hoffentlich vielen Anwohnerinnen und Anwohnern wird nachmittags zwischen 14 und 17 Uhr ordentlich sauber gemacht. Zum Einsatz kommt auch spezielles Gerät wie starke Magnete, mit deren Hilfe es gelingen soll, eingetretene Kronkorken aus unbefestigten Wegdecken zu ziehen. Ein weiterer Schwerpunkt wird in der Beseitigung von Zigarettenkippen liegen. Neben dem Reinigen des Platzes wird es bei einem Imbiss mit Getränken die Gelegenheit zum Austausch geben. Denn nicht nur die Sauberkeit auf dem Platz ist das Ziel der Aktion, sondern auch die Vernetzung und Stärkung der Nachbarschaft.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de

INHALT

Seite 3 *Schwerpunkt Leo: Runder Tisch*

Seite 4 *Schwerpunkt Leo: Das »Integrierte Platzkonzept«*

Seite 5 *Schwerpunkt Leo: Wendungen ab 2015*

Seite 6 *Schwerpunkt Leo: Und jetzt auch noch Crack*

Seite 7 *Erweiterung der BHT*

Seite 8 *Radweg Müllerstraße – Stellungnahme mensch.müller*

Seite 9 *Alarm für das Sprengelhaus*

Seite 10 *Schuleinzugsbereiche neu geschnitten*

Seite 11 *Café Leo braucht Unterstützung*

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 12** *Weniger Autoverkehr*
- **Seite 13** *Klimawandel macht Stürme gefährlicher*
- **Seite 14** *Einsame Entscheidung beim Straßenbahnbau*

Seite 15 *Gebietsplan und Adressen*

Seite 16 *Eckensteher*

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, eckemueller@gmx.net
Fotoredaktion:
Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Die nächste Ausgabe

der Ecke erscheint Ende Oktober.

Ch. Eckelt

Das »Drogenkonsummobil« von Fixpunkt e.V. steht direkt neben dem »Aufenthaltsbereich« der Szene.

Am Leopoldplatz kocht die Stimmung hoch

Drogen und Beschaffungskriminalität belasten die Nachbarschaft

Mehr als hundert Anwohner/-innen und Gewerbetreibende aus dem direkten Umfeld des zentralen Weddinger Stadtplatzes diskutierten am 2. August 2023 am »Runden Tisch Leopoldplatz« mit der Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (Grüne) über die aktuellen Zustände. Die empfinden viele als so bedrohlich, dass sie sich zur Initiative »Wir am Leo« zusammengeschlossen haben, die nicht nur im Bezirk erheblichen politischen Druck entfaltet.

Wenn es der Wohnungsmarkt zuließe, so sagte ein Anwohner, würden er und seine Familie sofort wegziehen: »Wir werden hier verdrängt!« Die Gewerbetreibenden berichteten von wiederholten Einbrüchen: »Wir wurden in den letzten sechs Monaten insgesamt drei Mal ausgeraubt«, erzählt zum Beispiel die Inhaberin des »Café Oldstyle« neben der Schiller-Bibliothek – und bricht fast in Tränen aus: »Corona hat uns nicht gekriegt, die Parkraumbewirtschaftung auch nicht, aber das hier, das überleben wir nicht. Ich musste gerade Mitarbeiterinnen entlassen, weil es nicht mehr anders geht.«
Ein Anwohner aus der Turiner Straße beobachtete zum Beispiel, wie direkt unter seinem Fenster auf dem Hof ein Fahrrad aufgebrochen und dann vor der Neuen Nazarethkirche für 20 Euro angeboten wurde, ein typischer Fall von Beschaffungskriminalität also für den nächsten Drogenkick. Während des vorletzten Runden Tisches im Juli wurden gleich zwei Teilnehmern die Fahrräder geklaut. Auch von körperlichen Übergriffen und Bedrohungen ist die Rede. Man traue sich nicht mehr auf den Leopoldplatz. »Das alte Konzept von dem Platz für alle geht nicht mehr auf.«

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger redete nicht drumherum. »Wir wissen, dass dieses Konzept nicht mehr funktioniert und ich weiß, dass es Ihnen damit schlecht geht. Die Lage ist scheiße. Wir suchen verzweifelt nach Wegen, sie zu verbessern, brauchen dazu aber auch überbezirkliche Hilfe und Lösungen. Ich bin dazu schon seit längerer Zeit im Kontakt mit dem Regierenden Bürgermeister, der Innensenatorin und der Polizeipräsidentin. Das Antwortverhalten des Senats ist bislang aber eher unbefriedigend.«
Man suche auch externe konzeptionelle Hilfe, stehe hier aber erst am Anfang. Mit der Droge Crack, die jetzt am Leo gehandelt wird, gibt es in Europa noch nicht viel Erfahrung. Sie wird geraucht und wirkt ähnlich wie Kokain – aber viel schneller und stärker. Der Rausch verfliegt schnell und erzeugt dann ein heftiges Verlangen nach mehr. Crack macht extrem abhängig und wird am Leo zumeist von den Suchtkranken selbst aus Kokain hergestellt. Anders als bei Heroin gibt es für Crack keine substituierenden Medikamente, die die Entzugserscheinungen lindern könnten.

Vom Leopoldplatz, so erklärt der Präventionsbeauftragte des lokalen Polizeiabschnitts Wulf Dornblut, werde jetzt auch die lokale Trinker-Szene, mit der zusammen das alte Platzkonzept einst entwickelt wurde, verdrängt. »Das waren damals etwa 40 Leute aus dem Wedding, die zuvor den vorderen Leopoldplatz dominiert hatten.« Heute, so schätzte er, halten sich auf dem Aufenthaltsbereich etwa dreimal so viele Menschen auf, die meisten von ihnen sind abhängig von harten Drogen und stammen überwiegend nicht aus dem lokalen Umfeld. Der Bereich sei völlig überfüllt.
Silke Rothhardt, die Leiterin des Abschnitts 17, berichtete, dass die Trinkerszene inzwischen häufiger im Schillerpark oder in der U-Bahnstation Seestraße anzutreffen sei, weil sie die Zustände auf dem Leopoldplatz als zu bedrohlich empfinde. Sie versicherte, dass die Polizeipräsenz auf dem Leo hoch sei, eine »Brennpunktstreife« sei hier normalerweise ständig unterwegs. Mit nur 87 % Personalausstattung sei Personaldecke im Abschnitt aber zu dünn. Personell benötige die Streife deshalb Unterstützung von Reservekräften. »Im Berliner Zentrum finden aber ständig Events statt, weshalb uns diese Kräfte dann wieder abgezogen werden«. Eine feste Wache, wie sie am Kottbusser Damm eingerichtet wurde, sieht die Kriminaldirektorin kritisch: »Zusätzliche Polizei am Schreibtisch nützt am Leo gar nichts. Wir brauchen hier mehr Leute auf der Straße!« Die Anwohnenden rief sie auf: »Verteidigen Sie Ihren Platz!«

Viele hatten sich von der Polizei Greifbareres erhofft, deshalb kam es an dieser Stelle zu Buh-Rufen. Aber solange die Politik berät, kann die lokale Polizeiführung nicht konkreter werden: Der »Sicherheitsgipfel« im Roten Rathaus, bei dem der Leopoldplatz auf der Tagesordnung steht, war erst etwa einen Monat später angesetzt. Über die Entscheidungen der höchsten Ebene wird man also erst beim kommenden Runden Tisch diskutieren können: am 27. September zwischen 18 und 20 Uhr im ehemaligen BVV-Saal am Jobcenter Leopoldplatz. Die Bezirksbürgermeisterin will wieder dabei sein. *cs*

»Ein Leopoldplatz für alle«, Teil 1

Das »Integrative Gesamtkonzept« vom Juni 2010

Als sich im Jahr 2009 der Runde Tisch Leopoldplatz konstituierte, herrschte im Wedding weithin eine Stimmung des Niedergangs. Die Arbeitslosigkeit war in Berlin zwar im Rückgang, im Wedding jedoch immer noch extrem hoch. Von hier zogen zudem viele mit regulären Einkommen weg, weil der sehr entspannte Berliner Wohnungsmarkt in »bessere Wohngebiete« lockte. Aus der Müllerstraße verschwanden die Traditionsgeschäfte, dafür öffneten allerorten Spielautomaten-Casinos und Wettbüros. Das verstärkte dann wieder das Gefühl des Niedergangs. Um die Abwärtsspirale zu durchbrechen, wurde dann das Aktiven Zentrum Müllerstraße eingerichtet.

Ganz oben auf der Vorhabenliste des städtebaulichen Fördergebietes stand der Leopoldplatz. Wer ihn damals vom U-Bahnhof her betrat, den empfing in der Regel eine größere Schar von verwahrlosten Männern (und nur wenigen Frauen), oftmals mit einem Bier in der Hand und der Bitte um etwas Kleingeld. An der Müllerstraße war der Leopoldplatz von einer Szene dominiert, die sich meist den ganzen Tag über hier aufhielt und die als problematisch empfunden wurde.
Auch Drogenhandel fand statt, wobei die harten Drogen zumeist unter der Erde die Besitzer wechselten: Die U-Bahnlinien U6 und U9 waren und sind (neben der U1, U7 und U8) die wichtigsten Umschlagorte für harte Drogen in Berlin. An der Maxstraße blühte darüber hinaus der lokale Handel mit Cannabis, wobei es natürlich auch Überschneidungen beider Szenen gab. Das größere Ärgernis bildeten damals allerdings eindeutig die als dominant empfundenen Trinkergruppen.

Deren Mitglieder kamen zum Großteil aus dem lokalen Umfeld. Diese »Szene« vom Leopoldplatz zu verdrängen, erschien deshalb als sinnloses Unterfangen. Nach kontroversen Diskussionen konnte sich der Runde Tisch darauf einigen, dass auch diese Menschen das Recht haben, sich auf dem Leopoldplatz zu treffen. Den gelte es so auszugestalten, dass ein konfliktärmeres Zusammenleben ermöglicht wird. Mit der »Szene«, deren Vertreter später sogar regelmäßig am Runden Tisch teilnahmen, wurden konkrete Absprachen getroffen. Hinter der Alten Nazarethkirche wurde nach ihren Anregungen ein »Aufenthaltsbereich« mit Toilette gestaltet, auf dem auch Alkohol konsumiert werden durfte.

Drei Leitvorstellungen und vier Säulen

Nach intensiven Debatten fand der Runde Tisch Leopoldplatz zu einem Kompromiss, den er in folgenden drei Leitvorstellungen zusammenfasste:

– Anwohner/-innen, Familien und junge Menschen und Besucher/-innen sollen sich auf dem Platz wohlfühlen.
– Problematische Nutzergruppen werden nicht verdrängt
– Der Drogenhandel ist energisch zu bekämpfen.

Diese Leitvorstellungen bildeten dann die Grundlage für das »Integrative Gesamtkonzept«, das vom Bezirk im Juni 2010 vorgestellt wurde. Das Leitmotiv »Gemeinsam einen Platz für alle gestalten« wurde auf vier gleichrangige Handlungsfelder übertragen, in deren Zusammenwirken eine grundsätzliche Neuordnung des Leopoldplatzes gelingen sollte. Dessen »vier Säulen« waren:

– die kulturelle Belebung des Platzes,
– die bauliche Neuordnung,
– das soziale Platzmanagement und die Straßensozialarbeit
– sowie die Verbesserung der Sicherheit.

Zur Abstimmung der Beteiligten untereinander wurden regelmäßige Runden eingerichtet. Neben dem öffentlich tagenden Runden Tisch Leopoldplatz tauschen sich die professionellen Akteure bis heute regelmäßig in der regelmäßig tagenden, nichtöffentlichen »Praktikerrunde« aus. Daran nehmen die für Ordnung zuständigen Institutionen wie Polizeiabschnitt, Ordnungsamt oder auch private Sicherheitsdienste (bzw. der soziale Platzdienst) teil, aber auch die Sozialarbeiter des »Team Leo«, Vertreter der Nazareth-Kirchengemeinde und des Büros des Bezirksbürgermeisters.
Darüber hinaus waren das bezirkliche Stadtentwicklungsamt und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eingebunden, die die Mittel aus dem Förderprogramm »Aktive Zentren« (heute: »Lebendige Zentren und Quartiere«) zur Verfügung stellte und nicht nur die bauliche Umgestaltung, sondern auch Aktivitäten zur kulturellen Belebung finanzierten. Dazu gehörte zum Beispiel das von einem Anwohner initiierte interkulturelle öffentliche Fastenbrechen (»Iftar«) im Ramadan. *cs*

Der »Aufenthaltsbereich« kurz nach seiner Eröffnung im Jahr 2011. Später kam noch ein Dach hinzu.

Personelle Umbrüche und neue Problemgruppen

»Ein Leopoldplatz für alle«, Teil 2: Mitte der 2010er Jahre

In den ersten Jahren nach der Umgestaltung funktioniert das Integrative Platzkonzept recht gut. Der vordere Teil des Leopoldplatzes änderte seine Ausstrahlung spürbar. Dazu trug auch die evangelische Nazarethkirchengemeinde bei, der der Bereich vor der Alten Nazarethkirche gehört. Sie veranstaltet hier regelmäßig Märkte und engagiert sich für eine kulturellen Belebung. Bis zum März 2015 stellte sie darüber hinaus den ehemaligen Hausmeister-Bungalow hinter ihrem Gemeindezentrum in der Nazarethkirchstraße zur Verfügung, der als »Trinkraum Knorke« bekannt wurde. Hier organisierte sich die Szene in einem großen Maß selbst, denn die Mittel für die Sozialarbeit waren knapp bemessen und konnten vom Bezirk aufgrund der desolaten Haushaltslage nicht aufgestockt werden.

Die lokale »Szene« hielt sich damals weitgehend an die ausgehandelten Regeln, allerdings kamen auch zunehmend Obdachlose aus dem Osten der EU auf den Leo, die ab dem Jahr 2011 bzw. 2014 die volle Freizügigkeit genossen. Die Vertreter der »Szene« am Runden Tisch machten damals jedenfalls gerne pauschal »die Russen« für alle möglichen Probleme verantwortlich.
In der Mitte der 2010er Jahre machte Berlin zwar wirtschaftlich einen riesigen Sprung – statt permanent das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum zu bilden, ist Berlin seitdem der Spitzenreiter der Bundesländer. Das führte aber auch zu einer starken Zuwanderung mit erheblichen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, wo die Preise extrem in die Höhe schossen. Auf dem Leopoldplatz tauchten immer mehr obdachlose Zuwanderer auf, etwa Sinti und Roma aus neuen EU-Ländern. Die Zusammensetzung der »problematischen Nutzergruppen« änderte sich auf dem Leo von Jahr zu Jahr.
Im Jahr 2014 ging zudem der erfahrene Moderator des Runden Tisches Heinz Nopper in den Ruhestand, sein Nachfolger folgte erst viele Monate später und konnte von ihm nicht eingearbeitet werden. Dem »Team Leo«, das sich um die Sozialarbeit vor Ort kümmerte, wurden darüber hinaus die Mittel gekürzt, so dass es nur noch mit halber Kraft arbeiten konnte: Die Mediatorin Dr. Franziska Becker, die das Platzkonzept maßgeblich mit entwickelt hatte, musste ausscheiden. Ein Jahr später wechselte der Bezirk den Träger des Projektes komplett, auch der in der Trinkerszene hoch angesehene Sozialarbeiter Axel Illesch wurde abgezogen. Der neue Träger Fixpunkt e.V. hat zwar große Kompetenzen im Bereich der Suchthilfe, genoss aber natürlich nicht dasselbe große Vertrauen in der alten Zielgruppe der Weddinger Trinkerszene.

Im März 2015 schloss zudem die Nazareth-Kirchengemeinde abrupt den »Trinkraum Knorke«, nachdem die Polizei hier ein Depot mit einigen Portionen Heroin ausgehoben hatte. Den bis dahin nur provisorischen Betrieb der Einrichtung (mit lediglich einer halben Sozialarbeiterstelle) wollte die Kirchgemeinde daraufhin nicht mehr verantworten. Die lokale Trinkerszene war aber bislang auch auf dem »Aufenthaltsbereich«, den sie ja mitgestaltet hatte, für die Einhaltung von bestimmten Regeln eingetreten. Jetzt zersplitterte sie sich und suchte sich zum Teil andere Treffpunkte.

In den Jahren 2015 und 2016 herrschte in Deutschland die »Flüchtlingskrise«. Der starke Zustrom von Geflüchteten vor allem aus Ländern wie Syrien, Irak, Iran und Afghanistan sollte sich in den Folgejahren auf den Leopoldplatz auswirken. Der entwickelte sich zunehmend zu einem Treffpunkt von suchtkranken Geflüchteten, die wegen ihrer Sucht aus Flüchtlingsunterkünften ausgeschlossen worden waren und auf der Straße lebten. Oft zog es sie nach Berlin und häufig landeten sie auf dem Leopoldplatz. Das Team Leo stellte deshalb eigens Mitarbeiterinnen ein, die Sprachen wie Farsi beherrschten.
In letzter Zeit, so berichtete uns der Projektleiter Tobias Wolf des Fixpunkt e.V., registrierten sich in dem Projekt verstärkt russischsprachige Suchtkranke aus Georgien und Moldawien sowie aus Tschetschenien. Das sind zwei Länder, wo Russland mit militärischer Gewalt besondere Einflusszonen (Transnistrien, Abchasien und Süd-Ossetien) unterhält und eine »autonome Republik«, die de facto unter Kriegsrecht steht. Deshalb machten schon Vermutungen die Runde, dass Russland im Rahmen seiner »hybriden Kriegsführung« gegen den Westen gezielt die Zuwanderung von Suchtkranken aus seinen »Kolonien« nach Deutschland fördere. Aber wieso landen diese »Problemgruppen« so oft am Leopoldplatz? *cs*

Und jetzt auch noch Crack

»Ein Leopoldplatz für alle«, Teil 3

Bis zum Jahr 2018 führte die Berliner Polizei den Leopoldplatz als »kriminalitätsbelasteten Ort«: Diese Einstufung ist ein Instrument, das der Polizei weitergehende Befugnisse einräumt, etwa die Kontrolle von Ausweispapieren oder Durchsuchungen auch ohne konkreten Verdacht. Das galt aber auch für den Kleinen Tiergarten am U-Bahnhof Turmstraße, wo wie am Leo ein eigener Aufenthaltsbereich für die »Szene« eingerichtet worden war. Hier hat sich bis heute jedoch kein vergleichbarer Problemdruck aufgebaut.

Auch in anderen Stadtgebieten scheinen die Belastungen eher zurückgegangen zu sein. Das »Drogenkonsummobil« des Fixpunkt e.V., das seit April den Leopoldplatz täglich anfährt, konnte zum Beispiel von seinem bisherigen Standort in Schöneberg abgezogen werden, weil es dort nicht mehr so dringend gebraucht wird. In Friedrichshain-Kreuzberg sowie im nördlichen Neukölln haben sich die Zustände aber ähnlich wie am Leopoldplatz verschlechtert. Hier gibt ebenfalls »kriminalitätsbelastete Orte«, etwa das Kottbusser Tor, den Görlitzer Park oder den Alexanderplatz.
Diese liegen im Bereich der Polizeidirektion 5 (City). Der Wedding aber gehört zur Direktion 1 (Nord), wo dieses Instrument bislang kaum angewendet wird.

Der Bezirk will jetzt externe Fachleute damit beauftragen, mehr Hintergrundwissen zu erarbeiten und Lösungsstrategien zu entwickeln. Die müssten sich vor allem mit zwei Entwicklungen befassen:
Einerseits stößt das vergleichsweise liberale Berliner System durch die starke internationale Zuwanderung offensichtlich an seine Grenzen. Denn um die Suchtstoffe zu substituieren und damit den Suchtkranken durch Medikamente wie Methadon ein einigermaßen normales Leben zu ermöglichen, müssen diese bei deutschen Krankenversicherungen versichert sein. Das ist für EU-Bürger grundsätzlich möglich, aber mit bürokratischem Aufwand verbunden. Asylsuchende aber müssen sich an die Bundesländer wenden, denen sie offiziell zugeordnet sind und die nach unterschiedlichen Regeln vorgehen. Und viele der Suchtkranken vom Leopoldplatz sind in anderen Bundesländern geführt. Das macht die Hilfe zwar nicht unmöglich, aber kompliziert und abhängig von unzureichend ausfinanzierten Nothilfe-Programmen.

Jetzt kommt auch noch Crack hinzu. Seit einigen Jahren ist diese Droge auf dem Vormarsch, die ein extremes Suchtpotenzial hat. Und die etablierten Methoden der Berliner Suchthilfe an ihre Grenzen bringt, weil es bislang keine Medikamente gibt, die die Entzugssymptome mildern könnten. Den Suchtkranken kann daher kein vergleichbares Angebot unterbreitet werden wie die Substitution von Heroin durch Methadon oder andere Medikamente.
Crack ist Kokain, dass zusammen mit Natron (Backpulver) erhitzt wird und beim Abkühlen zu kleinen Körnern (»Stones«) kristallisiert. Dazu reichen ein Löffel, ein Feuerzeug, etwas Wasser und eine windgeschützte Ecke. Crack zerfällt aber schnell, so dass es nach der Herstellung zügig verbraucht werden muss. Deshalb eignet es sich nicht zum Handelsprodukt der organisierten Kriminalität, sondern wird meist lokal hergestellt, verteilt und geraucht. Crack wirkt ähnlich wie Kokain – nur sehr viel stärker und schneller. Die Wirkung ist aber nach wenigen Minuten wieder verflogen und dann folgen extreme psychische Entzugserscheinungen. Crack gilt als eine der Drogen mit dem höchsten Abhängigkeitspotenzial.
Die für einen Rausch benötigte Portion ist wesentlich kleiner als bei normalem Kokain, deshalb erscheint der Konsum zunächst einmal vergleichsweise billig. Aber meist werden kurz hintereinander mehrere ›Stones‹ geraucht«, was schnell sehr teuer wird. Deshalb steigt im Umfeld von Crack-Hotspots die Beschaffungskriminalität.
In den USA erreichte die »Crack-Epidemie« in den späten 1990er Jahren ihren Höhepunkt und wurde anschließend durch die »Opioid-Krise« abgelöst. Die »Crack-Epidemie« betraf vor allem große Städte und Nachbarschaften mit geringem Durchschnittseinkommen, seltener auch ländliche Räume.
Die Kriminalität nahm oft drastisch zu, auch weil sie oft heftige Bandenkriege entfachte. In Europa ist Crack seit Mitte der 1980er bekannt, in Deutschland hatte es sich bislang aber nur in kleineren Szenen in Hamburg, Frankfurt und Hannover etabliert.

Abwassermessungen im Auftrag der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht haben in Berlin zwischen 2018 und 2022 eine Steigerung des Kokainkonsums um 58% ermittelt. In vielen anderen europäischen Metropolen war Ähnliches zu beobachten. Allerdings führte das nicht zu wesentlichen Preissprüngen im Straßenhandel. Die Kokain-Kartelle scheinen also keine Probleme damit zu haben, die gestiegene Nachfrage zu decken. *cs*

Erweiterung der BHT

Ausstellung in der Schiller-Bibliothek

Die Berliner Hochschule für Technik (BHT) wird zwar in den kommenden Jahren einen zweiten Campus auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens TXL eröffnen. Aber der größere Teil der Hochschule wird am Standort Luxemburger Straße verbleiben. Zwei Flächen stehen hier für Erweiterungsbauten zur Verfügung: das Grundstück Triftstraße 17, auf dem jetzt das Parkhaus der Hochschule steht, und ein unbebautes Gelände an der Ecke der Amrumer und Luxemburger Straße.

In das ehemalige Hauptterminal des Flughafens Tegel sollen im Jahr 2027 insgesamt 13 Studiengänge aus dem Umfeld der »urbanen Technologien« ziehen, davon betroffen sind etwa ein Fünftel der Studierenden. Auf der anderen Seite sollen aber auch vier jetzige Außenstellen der Hochschule (Seestraße, Residenzstraße, Schwedenstraße und Kurfürstenstraße) auf den zentralen Campus im Wedding zurückgeholt werden, die Platzprobleme werden sich also nicht plötzlich in Luft auflösen.
Im kommenden Jahr soll zudem das neuen Laborgebäude WAL (Wedding Advanced Laboratories) an der Luxemburger Straße in Betrieb genommen werden. Das reicht langfristig aber nicht aus, insbesondere für Laboratorien wird perspektivisch weiterer Platz am Weddinger Hauptcampus benötigt. In den bisherigen Planungen zur Entwicklung des Standortes war dazu das unbebaute Grundstück an der Amrumer Straße vorgesehen, das dort seltsamerweise »Augustenburger Platz« genannt wird, obwohl es den gar nicht berührt. Direkt dahinter beginnt das »Haus Gauß«, das 1960–64 mit dem parallelen eingeschossigen Laborgebäude sowie der Aula der Hochschule (heute: Atze-Musiktheater) nach den Plänen des Architekten Herbert Rimpl als Fünfgeschosser errichtet wurde und 1994–96 um ein Stockwerk erhöht wurde. Die gesamte Anlage steht heute unter Denkmalschutz.
Die Fläche »Augustenburger Platz« wurde in den Planungen der 1950er Jahre bewusst von Bebauung freigehalten. Hier sollte die »Westtangente« entlang führen, eine Stadtautobahn von Steglitz über Schöneberg, am Lehrter Bahnhof (heute Hautbahnhof) vorbei zur Amrumer Straße und dann am Flughafen Tegel entlang zur A 111. Das Landesamt für Denkmalschutz fordert jetzt, dass die so entstandene Blickachse von der Föhrer Straße aus auf das Haus Gauß und das Atze-Musiktheater freigehalten wird. Dieser Blick ist allerdings zu einem guten Teil von einem großen Baum verdeckt, wie unser Foto zeigt.
Eine Bebauung des Grundstücks soll jetzt nur in der Ecke Amrumer und Limburger Straße stattfinden. Gedacht wird an einen Hochbau, der mit um die 50 Meter in etwa so hoch wäre wie das Jobcenter am Leopoldplatz und das Haus Grashof der BHT. Allerdings eignete sich das Hochgebäude nicht für die Einrichtung von Laboren, weil diese strengen Sicherheitsbestimmungen unterliegen. Deshalb soll hier jetzt Wohnen stattfinden.

Die Hochschulnutzung durch weiter Labore könnte stattdessen auf einem Teil des Geländes Triftstraße 17 unterkommen, das jetzt noch als Parkhaus genutzt wird. Alternativ könnten hier auch Seminarräume und eine Bibliothek entstehen. Die andere Hälfte des Grundstücks ist nach dem aktuellen Stand der Planungen für Wohnzwecke vorgesehen, wie der für Stadtentwicklung zuständige Stadtrat Ephraim Gothe während der Eröffnung einer Ausstellung erläuterte, die den aktuellen Planungsstand zeigt und in der Schiller-Bibliothek zu sehen ist. Wer hier und an der Amrumer Straße wohnen dürfen soll, ist noch nicht entschieden. Im Gespräch sind schon seit vielen Jahren Flüchtlingsunterkünfte, das Studierendenwerk würde hier aber auch gerne studentisches Wohnen ermöglichen. Und neuerdings scheinen auch Wohnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschule oder der Universitätsklinik ins Gespräch zu kommen.
Entwickelt werden muss jetzt vor allem das Planungsrecht – und das allein wird noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Im kommenden Jahr soll ein städtebaulicher Wettbewerb stattfinden, dessen Ergebnis die Grundlage für die spätere Architekturentwürfe darstellen wird. Bis das Parkhaus abgerissen wird, können also noch mehrere Jahre vergehen. Man müsse sich aber keine Sorgen machen, beruhigten Mitarbeiterinnen der BHT auf Nachfrage: Das Parkhaus stehe nicht leer, im Gegenteil, es herrsche nach der Einführung der Parkraumbewirtschaftung eine rege Nachfrage aus der BHT und aus dem Virchow-Krankenhaus. Die Gefahr, dass sich hier eine Leerstandsruine in der Nähe des Leopoldplatzes zum »Crackhouse« entwickele, bestehe definitiv nicht. *cs*

Die Blickachse auf das »Haus Gauß« der BHT und das Atze-Musiktheater soll frei gehalten werden, fordert der Denkmalschutz.

DOKUMENTATION

»Das Konzept eines geschützten Radwegs ist richtig«

Die Situation vieler Gewerbetreibenden in der Müllerstraße ist angespannt. Die Pandemie hat die wirtschaftliche Basis vieler Betriebe stark angegriffen, jetzt kommen auch noch die Inflation und ein realer Kaufkraftverlust hinzu: Viele Weddinger und Weddingerinnen müssen jeden Euro dreimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben können. Einige Gewerbetreibende machen jetzt die Bezirkspolitik für ihre schwere Lage verantwortlich, vor allem die Einführung der Parkraumbewirtschaftung im vergangenen Jahr und die Einrichtung des geschützten Radstreifens in diesem Frühjahr, für den der bisherige Parkstreifen am Rand der Müllerstraße weichen musste. Die Stadteilvertretung mensch.müller hat dazu eine Stellungnahme verfasst, die wir im Folgenden dokumentieren.

Öffentliche Stellungnahme zur Kritik am Radweg Müllerstraße

Die Stadtteilvertretung vertritt die Anliegen aller Menschen im Sanierungsgebiet Müllerstraße als demokratisch legitimierte Institution vor Ort. Wir legen Wert darauf, unsere Perspektive deutlich zu machen, die Interessen ausgewogen zu vertreten und miteinander in Einklang zu bringen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir das gemeinsame Auftreten einiger Gewerbetreibender, die sich an die Öffentlichkeit gewandt haben: Die Gruppe beklagt Schwierigkeiten bei der Warenanlieferung sowie Umsatzeinbußen und führt diese auf den neuen Radweg an der Müllerstraße zurück.

Als Stadtteilvertretung ist es unsere Auffassung, dass Gewerbetreibende an der Müllerstraße schon seit vielen Jahren eine schwierige Liefersituation haben, weil es nicht genügend Ladezonen gab und der Parkstreifen permanent durch Fahrzeuge des Individualverkehrs zugestellt war. Zahlreiche Liefervorgänge mussten daher schon immer in zweiter Reihe stattfinden – unter Risiko eines Bußgelds. Wir freuen uns daher sehr über die bereits mit dem neuen Radweg an der Müllerstraße geplanten Lieferzonen, die eine deutliche Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand bedeuten und die Warenanlieferung erheblich erleichtern werden.
Die Markierung der neuen Ladezonen hat bereits am 13.7. begonnen; dass die zugehörigen Schilder noch nicht aufgestellt werden konnten, geht laut Aussage des Straßen- und Grünflächenamts auf die noch ausstehende Lieferung zurück. Damit ist klar, dass die aktuelle Kritik einiger Gewerbetreibender sich lediglich auf einen noch laufenden Bauzustand bezieht, in dem die Ladezonen noch nicht markiert waren. Über die künftigen Lieferzonen hat das Bezirksamt bereits im April per Pressemitteilung informiert. Wir empfehlen dem Bezirksamt für künftige Fälle eine proaktivere Kommunikation gegenüber Gewerbetreibenden, um Missverständnissen vorzubeugen.
Die Pläne waren allerdings immer öffentlich zugänglich. Die Stadtteilvertretung hat sich die Pläne im Detail angesehen und daraus die zu erwartende Verbesserung gegenüber dem Zustand vor dem Bau des Radwegs abgeleitet.

Wir als Stadtteilvertretung freuen uns sehr über den neuen Radweg an der Müllerstraße, für den wir uns 12 Jahre lang eingesetzt und in dieser Zeit das Gespräch mit dem Bezirksamt aufrechterhalten haben. Das Konzept eines geschützten Radwegs ist richtig und entspricht der geltenden Gesetzeslage, und notwendig, um das sichere Radfahren auf der Müllerstraße überhaupt möglich zu machen. Für mobilitätseingeschränkte Menschen bedeutet er eine Verbesserung; es wird vermieden, dass Radfahrende auf den Gehweg ausweichen und dadurch Fußgänger:innen gefährden. Auch für Krankenwagen und Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr verbessert sich die Situation, weil der Radweg im Notfall für diese als Safety Lane dienen kann. Letztlich verbessert sich die Verkehrssicherheit für alle, auch für Autofahrende; gefährliche Situationen und Konflikte werden deutlich reduziert und der Verkehr viel übersichtlicher.

Als Stadtteilvertretung distanzieren wir uns ausdrücklich von den veröffentlichten Anschuldigungen der beteiligten Gewerbetreibenden gegen das Bezirksamt, es wolle Existenzen zerstören; Krawallerei braucht es nicht rund um die Müllerstraße. Ebenso halten wir die Kritik an der Umsetzung des Radwegs für falsch. Sie haben aber auf zwei weitere Punkte hingewiesen:

- Wie sieht die wirtschaftliche Situation der Gewerbetreibenden an der Müllerstraße aus?
- Wo können Menschen parken, die auf der Müllerstraße einkaufen oder Kaffee trinken wollen und mit dem Auto kommen? Wie lässt sich die Nutzung der Parkhäuser im Umfeld der Müllerstraße verbessern, die heute nur zu einem Bruchteil ausgelastet sind?

Wir als Stadtteilvertretung wollen uns weiterhin für Transparenz und Dialog im Sanierungsgebiet Müllerstraße einsetzen und sind gerne bereit, im direkten Gespräch mit Gewerbetreibenden und Anwohner:innen konstruktiv an einer Lösung mitzuarbeiten, sobald sich dafür ein entsprechender Rahmen findet.

Alarm für das Sprengelhaus

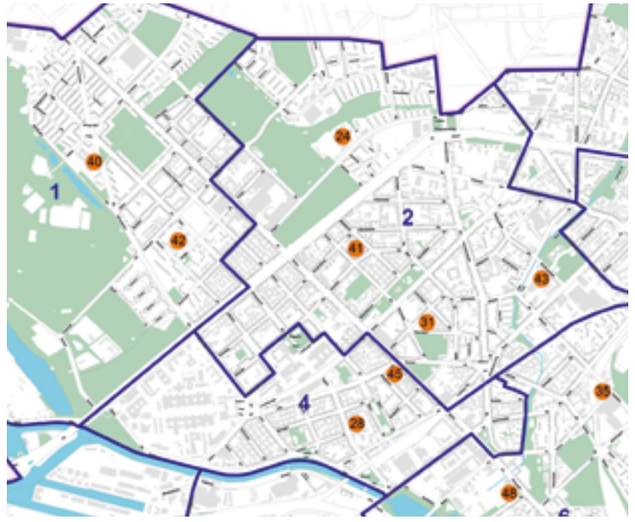
Erbengemeinschaft will Gemeinwesenzentrum verkaufen

Das Nachbarschaftszentrum des Sprengelkiezes ist in akuter Gefahr. Denn Haus und Grundstück der Sprengelstraße 15 stehen zum Verkauf: eine Erbengemeinschaft möchte »den Marktwert« im Austausch gegen die Eigentumsrechte erzielen. Deshalb werden bestehende Gewerbemietverträge im Haus höchstens noch bis zum Jahresende verlängert. Jetzt sucht der Verein »Gemeinsam im Stadtteil« einen freundlichen und gemeinwohlorientierten neuen Eigentümer.

Auf Initiative des Quartiersmanagements Sparrplatz gründeten im Jahr 2001 gemeinnützige Organisationen und lokale Gewerbetreibende den Verein »Gemeinsam im Stadtteil«, um in der Sprengelstraße 15 ein »Interkulturelles Gemeinwesenzentrum mit Gesundheitsförderung« aufzubauen und zu betreiben. Damals war die Sprengelstraße 15 weitgehend unbewohnt und ungenutzt. Der Seitenflügel links stand ebenso leer wie die Fabriketagen im Quergebäude. Am 31.08.2002 konnten der Nachbarschaftsladen und einige Büros im Erdgeschoss des Vorderhauses eröffnet werden, im Oktober kamen der Gymnastiksaal und die Bildungsetage in den unteren beiden Geschossen des Quergebäudes hinzu. In den Jahren 2009 und 2010 folgten die Veranstaltungsetage im 2. Obergeschoss des Quergebäudes sowie die Büros im linken Seitenflügel. Heute sind im Sprengelhaus neun Organisationen fest angesiedelt und es gibt über 50 Einrichtungen und Gruppen, die es regelmäßig nutzen. Dabei beschränken sich die Aktivitäten nicht nur auf die Stadtteilarbeit und Gesundheit – das Sprengelhaus ist auch zu einem unverzichtbaren Ort für viele kleinere Organisationen von Migrantinnen und Migranten aus aller Welt geworden, die regelmäßig die Räumlichkeiten nutzen. Sollten die bisher gemeinwesenorientiert genutzten Räumlichkeiten wegfallen, dann wäre nicht nur die Nachbarschaftsarbeit im Wedding getroffen (z.B. Aktiv im Kiez e.V., Stadtteilkoordination Wedding Zentrum, Runder Tisch Sprengelkiez), sondern auch die Integrationskraft der Stadt Berlin geschwächt: Der Wedding spielt für die Weltoffenheit Berlins eine enorme Rolle und ist dabei auf Orte wie das Sprengelhaus dringend angewiesen.
In den Wedding drängen in jüngster Zeit viele Betriebe aus dem IT-Bereich, dem E-Commerce und der Kreativwirtschaft, die deutlich mehr Miete zahlen können als die gemeinwesenorientierten Organisationen (auf der anderen Seite des Kanals zum Beispiel zieht demnächst die KI-Tochter von Mercedes-Benz »MBition« ans Friedrich-Krause-Ufer). Darüber hinaus bietet die Lage des Sprengelkiezes zwischen Virchow-Klinik, Robert-Koch-Institut und Bayer Pharmaceuticals auch ein attraktives Umfeld für Betriebe der Gesundheitswirtschaft. Andererseits ist die Lage auf dem Berliner Immobilienmarkt derzeit unübersichtlich, die Konjunktur lahmt, auf dem Büroflächenmarkt deuten sich Überkapazitäten an (das Homeoffice scheint sich hier auszuwirken: siehe auch Seite 12) und die ersten Pleiten von Eigentumswohnungsanlagen erschüttern den Markt. Zuletzt sanken die Bodenwerte, was den Verkauf von Grundstücken erschwert. Die gegenwärtigen Nutzerinnen und Nutzer des Sprengelhauses hoffen in dieser Situation auf einen freundlichen Käufer, etwa eine Stiftung, die ihr Kapital in der Immobilie anlegt und die Mieteinnahmen später für ihre Stiftungszwecke einsetzt. *cs*

Erster Fahrstuhl am U-Bahnhof Seestraße in Betrieb

Seit dem 2. August 2023 hat der U-Bahnhof Seestraße einen Aufzug für Fahrgäste mit Fahrtrichtung Alt-Tegel. Er befindet sich am Bahnsteigende in Richtung Rehberge hinter der Treppenanlage und führt direkt auf die Straßenebene. Die Baukosten beliefen sich auf circa 1,8 Mio. Euro. In den kommenden Monaten finden noch abschließende Arbeiten an dem neuen südlichen Treppenzugang an der Amsterdamer Straße statt. Im Anschluss wird die andere Treppenanlage erneuert. Die Arbeiten finden bei laufendem Betrieb statt, so vermeldet die BVG.
Auch der westliche Bahnsteig mit Fahrtrichtung Alt-Mariendorf soll noch saniert werden, hier ist ebenfalls ein Fahrstuhl geplant. Voraussichtlich Mitte 2024 sollen dort die Arbeiten beginnen. Bis der U-Bahnhof Seestraße komplett barrierefrei ist, werden noch etliche Jahre vergehen.



Schuleinzugsbereiche neu zugeschnitten

Anmeldung der Schulanfänger von 9.–20. Oktober

Das Schuljahr 2023/2024 ist gerade gestartet – und schon stehen die Neuanmeldungen für die Schulanfänger des kommenden Jahres an: Zwischen dem 9. und 20. Oktober 2023 müssen die Eltern von Kindern, die zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 30. September 2018 geboren sind, ihre Kinder in der Grundschule anmelden. Die muss in dem Einschulungsbereich liegen, in dem die Kinder gemeldet sind. Mchte man eine andere Schule wählen, dann muss man den Wechsel zu dieser Schule bei der Anmeldung an der zuständigen Grundschule beantragen und begründen. Der erste Weg führt also immer in eine Grundschule mit dem Einzugsbereich, in dem man gemeldet ist. Erhält eine Schule mehr Anmeldungen, als Plätze da sind, prüft das Schulamt jeden einzelnen Fall. Es kann dann vorkommen, dass man an eine andere Schule in der Nähe verwiesen wird.

Der Zuschnitt der Einzugsbereiche ändert sich immer wieder. Auch im kommenden Jahr ist das der Fall. Denn zum einen ändern sich die Strukturdaten in den unterschiedlichen Einzugsbereichen – beispielsweise, weil hier Wohnungen neu gebaut worden sind. Und andererseits ändern sich auch die vorhandenen Kapazitäten der Schulen, manchmal kommen sogar neue Grundschulen hinzu. Im Bezirk Mitte wird zum Beispiel im kommenden Jahr die neue Grundschule Adalbertstraße in der Nördlichen Luisenstadt fertig gestellt. Geplant war 2024 eigentlich auch die Eröffnung einer neuen Grundschule in der Reinickendorfer Straße im Wedding – die aber offensichtlich um ein Jahr verschoben wurde.

Berücksichtigt bei der Aufstellung der neuen Einzugsbereiche im Wedding wurde auch die Notsituation der Anna-Lindh-Grundschule (im Plan Nummer 42), die wegen Schimmelbefall vorübergehend an den Saatwinkler Damm umziehen muss und daher rückläufige Schülerzahlen hat. Sie liegt zusammen mit der Möwensee-Grundschule (Nr. 40) im Einschulungsbereich 1 (ESB 1) des Bezirks Mitte, der geringfügig verkleinert wird.
Ein anderer Einzugsbereich wird sogar vollständig aufgehoben: Ab dem kommenden Jahr entfällt der bisherige ESB 5, den sich bisher die Wedding-Grundschule (Nr. 31) und die Albert-Gutzmann-Grundschule (Nr. 43) teilten. Beide Schulen gehören jetzt zum neuen ESB 2, in dem schon die Erika-Mann- (Nr. 41) und die Gottfried-Röhl-Grundschule (Nr. 24) angesiedelt sind. Dazu kommen auch noch Teile der umliegenden alten Einzugsbereiche 1, 3, 4 und 6. Das Schulamt begründet diese Zusammenlegung mit der Entlastung der stark nachgefragten Gottfried-Röhl-Grundschule, zudem soll in diesem Bereich ja auch die neue Compartmentschule in der Reinickendorfer Straße entstehen.
Der ESB 4 mit den Schulstandorten Brüder-Grimm-Grundschule (Nr 28) und Leo-Lionni-Grundschule (Nr 45) verzeichnet dagegen einen bedeutenden Anstieg der gemeldeten schulpflichtigen Kinder. Hier entstand in den vergangenen Jahren besonders viel familiengerechter Wohnraum. Somit sind die Schulen in diesem Einschulungsbereich ausgelastet, der deshalb etwas verkleinert wird.
Der ESB 6 mit den Schulstandorten Humboldthain-Grundschule (Nr. 35) und der neuen Grundschule am Nordhafen (Nr. 48) wird dagegen nur geringfügig angepasst. Zum einen werden Straßenzüge an den neu zugeschnittenen großen ESB 2 abgegeben, zum anderen vom südlich angrenzenden ESB 13 (Grundschule Neues Tor) übernommen.

Insgesamt stieg die die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen Berlins im vergangenen Schuljahr um etwa 6.500 an, was vor allem auf die hohe Zahl der Geflüchteten zurückzuführen ist (allein 7.000 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine lernen an allgemeinbildenden Schulen der Stadt). Die Gesamtzahl der Schulanfänger und Schulanfängerinnen Berlins ging jedoch leicht zurück (um etwa 700 auf rund 37.500, wie die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zu Schuljahresbeginn vermeldete). Vermutlich spielt dabei der extrem angespannte Wohnungsmarkt eine große Rolle, denn bezahlbare familiengerechte Wohnungen finden sich derzeit noch eher im Umland als in Berlin.
Das größte aktuelle Problem für die Schulplanung ist aber nicht der Mangel an Räumen, sondern der Lehrkräftemangel. Zu Schuljahresbeginn blieben in Berlin etwa 1500 Lehrerstellen unbesetzt – und diese Situation wird sich eher noch verschlechtern, weil in den kommenden Jahren ein großer Teil Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand wechseln wird.

Schwere Aufgabe

Feierliche Eröffnung des neuen Café Leo am 14. 9.

Am Donnerstag, dem 14. September wird um 16 Uhr das neue Café Leo durch die Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger feierlich eröffnet. Es ist dann zwar schon viele Wochen lang in Betrieb, aber eben noch ohne die höhere Weihe durch die politische Leitung des Bezirks. Die ist in diesen Tagen stark mit dem Leopoldplatz beschäftigt, der sich in den letzten Jahren eindeutig zum Schlechten hin entwickelt hat.
Das Café Leo ist ein Bestandteil des »Integrierten Platzkonzeptes« für den Leopoldplatz (siehe Seite 4) und sollte ursprünglich dabei helfen, die Dominanz von als problematisch wahrgenommenen Nutzergruppen auf dem vorderen Platzteil einzuschränken. Es steht auf einer öffentlichen Grünfläche, wo gastronomische Nutzungen eigentlich nicht zulässig sind. Der Bezirk Mitte geht ansonsten mit dieser Regelung sehr streng um (sonst wären der Lustgarten und der Tiergarten längst voller Imbissbuden), macht für den Leo aber eine Ausnahme. Der Vergabeprozess für den Betrieb des Café Leo ist deshalb aber recht umständlich und an besondere Bedingungen gebunden (zum Beispiel darf hier kein Alkohol ausgeschenkt werden). Vor allem aber ist er sehr zeitraubend. Aus der Sicht viele Anwohnerinnen und Anwohner war es deshalb sehr unglücklich, den Betrieb des Café Leo ausgerechnet zu einem Zeitpunkt neu auszuschreiben, als sich die Problemlagen auf dem Platz ganz offensichtlich verschärften.
Der neue Betreiber des Café Leo, die Wendepunkt gGmbH, steht jetzt vor einer schweren Aufgabe. Die Rahmenbedingungen im Umfeld haben sich nämlich stark verschlechtert, zum Beispiel ist die Beschaffungskriminalität deutlich angestiegen, worunter andere gastronomische Einrichtungen im Umfeld sehr leiden (Seite 3). Und Crack-Konsumenten mit Entzugssymptomen sind oft unberechenbar und aggressiv., weshalb sich viele Weddingerinnen und Weddinger gar nicht mehr auf den Leo trauen. Die City-Toilette zwischen dem Café Leo und der Bushaltestelle dient inzwischen dieser Szene als unbeaufsichtigter Drogenkonsumraum (und vermutlich auch als Drogenküche: siehe Seite 6). In dieser Toilette trafen sich zuvor, wie uns der alte Betreiber Hüssein Ünlü berichtete, zwar auch oftmals Suchtkranke zum gemeinsamen Rauchen von Heroin. Aber inzwischen scheinen sich die Zustände deutlich verschlimmert zu haben.
Das Café Leo ist deshalb auf die Solidarität und Unterstützung der Anwohnerinnen und Anwohner des Leopoldplatzes in besonderem Maße angewiesen. *cs*

Ch. Eckelt

KI hilft bei der kulturellen Belebung des Leopoldplatzes

Eine der vier Säulen des »Integrierten Platzkonzeptes« für den Leopoldplatz war die kulturelle Belebung. Erst wenn der Platz als Versammlungs- und Erlebnisort wieder ins Bewusstsein der Weddinger rückt, so der Grundgedanke, könne es gelingen, ihn wieder attraktiv für breite Bevölkerungsgruppen zu machen. Einige Errungenschaften aus der Anfangszeit wirken bis heute: So ist der Platzbereich vor der Alten Nazarethkirche mit Strom- und Wasseranschlüssen ausgestattet, was ihn zu einem idealen Platz für Verkaufsstände macht. Hier finden inzwischen unterschiedliche Märkte statt, zum Beispiel der monatliche »Weddingmarkt« (nächste Termine: 8. Oktober, 5. November, 3., 10. und 17. Dezember), der samstägliche Flohmarkt oder dienstags und freitags ein Bauern- und Biomarkt.
Doch zwischenzeitlich konnte man den Eindruck gewinnen, dass diese Belebung nicht mehr ganz so aktiv betrieben wurde wie zu Beginn der 2010er Jahre. In letzter Zeit allerdings finden wieder vermehrt Veranstaltungen statt. So dokumentiert zum Beispiel unser Titelbild die performative Installation »Magical Manti« (Manti sind türkische Teigtaschen), die Ende August mehrfach stattfand. Die Berliner Künstlerin Elisa Duca hat sie extra für den Leopoldplatz im Wedding kreiert – in Zusammenarbeit mit einer Künstlichen Intelligenz. Die Veranstaltung wurde vom Bezirksamt Mitte sowie dem Platzmanagement Leopoldplatz unterstützt und wird mit Mitteln der Landeskommission Berlin gegen Gewalt im Rahmen der kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention und durch die Stadtteilkasse Wedding Zentrum gefördert.
Auch kleinere Aktionen finden wieder statt. So organisierte der neue Betreiber des Café Leo, die Wendepunkt gGmbh, an gleich vier Terminen Anfang September das Projekt »Beatboxbike«, bei dem Jugendliche zusammen mit dem Musiker Tilmann Dehnhard einen Song über den Leopoldplatz produzierten. *cs*

Deutlich weniger Autoverkehr in Berlin

Amtlich wird das aber wohl erst im Jahr 2026

Der Autoverkehr in Berlin ist während der Corona-Pandemie deutlich zurückgegangen. Das vermeldete das Nachrichtenmagazin Der Spiegel am 30. August. Dazu erfasste es die Daten von insgesamt 143 der rund 200 Berliner Zählstellen für Kraftfahrzeuge und verglich die Ergebnisse des ersten Halbjahres 2023 mit denen der ersten Jahreshälfte von 2019. Danach waren 2023 rund 14 % weniger PKW in der Stadt unterwegs als vor der Pandemie, ein Rückgang um etwa ein Siebtel.

Das ist enorm viel. Zwar geht der PKW-Verkehr in Berlin seit dem Ende der 1990er Jahre kontinuierlich zurück, das aber bislang nur allmählich: Laut dem letzten Ergebnisbericht der Straßenverkehrszählung der Senatsverkehrsverwaltung verminderte sich der PKW-Verkehr in den 19 Jahren zwischen 1998 und 2019 zusammengenommen um etwa 8 %, also um weniger als einen halben Prozentpunkt pro Jahr. Dagegen ist der jetzt vom Spiegel ermittelte Rückgang ein drastischer Einbruch von jährlich fast 4 %.
Auch in anderen deutschen Metropolen ist laut Spiegel ein ähnlicher Trend zu verzeichnen, der allerdings nicht ganz so deutlich ausfällt: In Hamburg ging danach der PKW-Verkehr in den vier Jahren um sieben Prozent zurück, in München um fünf. Experten vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) erklärten dem Nachrichtenmagazin diesen Rückgang vor allen mit den Auswirkungen des Homeoffice, das sich in der Pandemie etabliert hat. Besonders verbreitet ist das Homeoffice im Dienstleistungssektor, der in Berlin stark vertreten ist, etwa bei IT-Dienstleistungen, bei produktionsnahen Dienstleistungen wie Forschung und Entwicklung oder in der Öffentlichen Verwaltung. In der Bundeshauptstadt könnten darüber hinaus auch noch andere Faktoren eine Rolle spielen, etwa die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in vielen Bereichen der Innenstadt, wo besonders viele Menschen arbeiten.

Die offiziellen Verkehrsmengenkarten des Senates werden nur alle fünf Jahre erstellt. Die nächste reguläre Neuauflage würde also den Stand von 2024 wiedergeben und wohl erst im Jahr 2026 veröffentlicht werden (die Daten des Jahres 2019 wurden jedenfalls erst im April 2021 der Öffentlichkeit vorgelegt). Eigentlich könnte es wesentlich schneller gehen, denn technisch sind Verkehrszählungen kein großer Aufwand mehr. Das geht inzwischen vollautomatisiert mit Hilfe von unscheinbaren grauen Kästen an vorhandenen Masten am Straßenrand.

In diesem Jahr findet zudem eine ausführliche Studie zum Mobilitätsverhalten in 500 deutschen Städten durch die TU Dresden statt, an der sich auch Berlin beteiligt. Dazu werden bundesweit insgesamt 270.000 Fragebögen ausgegeben. Die letzte derartige Studie erfasste das Jahr 2018, die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgte im November 2019. Ende des kommenden Jahres könnten also neue Daten aus Umfragen vorliegen. Die beziehen sich dann allerdings nicht auf einzelne Straßen und Straßenabschnitte, sondern geben nur allgemeine Hinweise über die bevorzugten Mobilitätsarten der Bevölkerung. Für Entscheidungen wie die Einrichtungen zusätzlicher Radstreifen an Hauptverkehrsstraßen sind nach wie vor die alten Verkehrsmengenberechnungen einzelner Straßenabschnitte mit dem Stand 2019 ausschlaggebend. *cs*

Vergrößerte Baumscheiben fürs Mikroklima

Etwa 60 % der Fläche des Bezirks Mitte ist versiegelt – durch Gebäude oder Straßen, Beton oder Asphalt. So heizt sich die Stadt auf und Regenwasser versickert nicht im Boden, die Folgen des Klimawandels verschlimmern sich. Der Bezirk will deshalb möglichst viele Flächen wieder entsiegeln und ermittelt deshalb die Potenziale auf öffentlichem Straßenland. In der Thomasiusstraße in Moabit wurden jetzt mehrere Baumscheiben vergrößert, wie unser Foto zeigt. Damit haben auch die Bäume, die dort im August gepflanzt wurden, bessere Startbedingungen.
Im Jahr 2023 sind rund 800.000 Euro für die Entsiegelung von 5000 m² vorgesehen. Auch auf bisherigen Unterstreifen von Gehwegen und auf ehemaligen Radwegen sollen z. B. Staudenbeete oder Rasenflächen entstehen. Bezirksstadträtin Dr. Almut Neumann: »In einem dicht besiedelten und stark versiegelten Innenstadtbezirk wie Mitte wollen wir der Stadt ein Stück Natur zurück geben. Entsiegelte Flächen schaffen Raum für Pflanzen und Tiere und sie tun auch den Menschen gut, weil sie das Mikroklima verbessern und das Wohnumfeld verschönern.«

Neue »Senatskommission Klimaschutz«

und was das mit dem geplanten Sondervermögen zu tun haben könnte

Der Senat von Berlin hat Ende Juli die Weiterentwicklung des bisherigen »Senatsausschusses Klimaschutz« zur »Senatskommission Klimaschutz« beschlossen. Der »Senatsausschuss Klimaschutz« war im März 2022 noch unter der alten Senatorin Bettina Jarasch gegründet worden, hier kamen einmal im Quartal sechs Senatoren und Senatorinnen mit der Regierenden Bürgermeisterin zusammen, um die Einhaltung der Berliner Klimaziele zu überwachen. Die neue Senatskommission besteht dagegen aus allen zehn Senatorinnen und Senatoren sowie dem Regierenden Bürgermeister, also auch aus der für Arbeit und Soziales zuständigen Senatorin, der für Inneres und Sport, der für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (alle drei: SPD) sowie der Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz (parteilos, für die CDU). Die Kommission tagt unter dem Vorsitz der für Klimaschutz zuständigen Senatorin Dr. Manja Schreiner (CDU) viermal im Jahr. »Mit dem Beschluss will der Senat die Strukturen und Verfahren seiner Klimaschutzpolitik verbessern,« so erläutert sie: »Es geht darum, dass Maßnahmen schneller umgesetzt werden und Berlin seine ehrgeizigen Ziele zur Reduktion der CO_2-Emissionen und zur Klimaresilienz erreichen kann.«

Allerdings kann man die Erweiterung des Ausschusses zur Kommission auch im Zusammenhang mit dem geplanten »Sondervermögen Klimaschutz« sehen, das zunächst mit fünf Milliarden Euro ausgestattet werden soll. Es unterliegt nicht den Zwängen der normalen Haushaltsführung (also der Schuldenbremse) und sieht eine Rückzahlung (Tilgung) der aufgenommenen Kredite erst ab dem Jahr 2030 vor – und somit erst ab dem Ende der kommenden Legislaturperiode. Ein Gesetzesentwurf der Senatsverwaltung für Finanzen liegt ebenfalls seit Ende Juli vor. Danach ist der Mitteleinsatz auf Maßnahmen aus den Bereichen Gebäudesektor, Energieerzeugung und -versorgung, Mobilität sowie klimagerechte Transformation der Wirtschaft beschränkt, deren Klimawirksamkeit nachgewiesen werden muss. Ein vom Senat eingesetzter »Lenkungsausschuss« gibt dazu Empfehlungen.
In Zeiten knapper Kassen weckt so ein Sondervermögen natürlich Begehrlichkeiten. Entsprechend umkämpft ist deshalb die Zusammensetzung dieses Lenkungsausschusses, über die sich die »Senatskommission Klimaschutz« in ihren ersten Sitzungen wird verständigen müssen. *cs*

Stürme in diesem Jahr besonders gefährlich

Bäume geschwächt und viel Energie in den Tiefdrucksystemen

Das Straßen- und Grünflächenamt Berlin-Mitte warnte in diesem Jahr schon im Juli ausdrücklich und dringend vor dem Betreten der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen. Infolge des Sturms vom 24. Juli 2023 waren zahlreiche Bäume umgestürzt oder beschädigt. Unser Foto zeigt Aufräumarbeiten im Volkspark Humboldthain.
»Auch nach dem Sturm können Bäume unvermittelt umstürzen oder Äste herabfallen. Für Menschen, die sich in Parks und Grünanlagen aufhalten, besteht Lebensgefahr,« so hieß es in der Pressemeldung. »Bitte betreten Sie die Grünanlagen erst wieder, sobald Entwarnung gegeben wurde. Die öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen sollten so lange gemieden werden, bis das Straßen- und Grünflächenamt alle gravierenden Schäden beseitigen konnte.«
Aufgrund der langanhaltenden Trockenheit der vergangenen drei Jahre sind viele Bäume stark geschwächt. Es kann zum Umsturz ganzer Bäume und zum Abbrechen starker Äste kommen, auch wenn die Bäume jährlich auf die Verkehrssicherheit überprüft werden. Besonders gefährdet sind dabei Laubbäume, die dem Wind viel Angriffsfläche geben.
Berlin hatte in diesem Sommer sogar noch Glück. Der war bekanntlich geprägt von Wetterlagen, bei denen immer wieder neue Tiefdruckgebiete vom Atlantik über Europa strömten und dabei Regen und Wind mitbrachten. Ein besonders kräftiger Sturm erwischte am 15. August die Stadt Brandenburg an der Havel mit Böen von bis zu 147 km/h und verursachte große Schäden. Berlin blieb damals vom Schlimmsten verschont. Es ist aber wahrscheinlich, dass in diesem Herbst weitere starke Stürme folgen und dabei auch über uns hinwegfegen: Der nördliche Atlantik ist an seiner Oberfläche deutlich wärmer als im langjährigen Mittel, was zu mehr Energie in den Tiefdruckwirbeln und größeren Regenmengen führt. *cs*

Vollendete Tatsachen

Wie die Senatsverkehrsverwaltung Bürgerbeteiligung ad absurdum führt

Es ist auf den ersten Blick vielleicht eine Petitesse. Aber manchmal sind es eben die Petitessen, die ein Fass zum Überlaufen bringen. Oder, schlimmer noch, ein Indiz dafür sind, dass irgendwas ganz grundlegend falsch läuft.

Die kleine Geschichte spielt in Moabit, dort, wo gerade die Verlängerung der Tram M10 vom Hauptbahnhof bis zum U-Bahnhof Turmstraße fertig gebaut wurde. Der Bau ging sogar, für Berliner Verhältnisse, überraschend reibungslos über die Bühne – wäre nun nicht plötzlich ein Absperrgitter dort, wo laut Planungen keines sein dürfte.
Der Stadtteilvertretung (STV) Turmstraße fiel das zuerst auf, sie hatte sich ja auch zuvor sehr intensiv und durchaus fachkundig mit der Planung der Tramstrecke auseinandergesetzt. In der Straßenbahnplanung war am Kreuzungsbereich Turmstraße / Jonasstraße bzw. Thusnelda-Allee eine Querungsmöglichkeit für Fußgänger und Radfahrer vorgesehen. Das ist sinnvoll, weil eben viele an dieser Stelle vom Spreeufer kommend geradewegs ins nördliche Moabit gelangen (z. B. auch zum Rathaus oder in die Arminiusmarkthalle) bzw. umgekehrt. Zudem befindet sich an der Thusnelda-Allee die Heilandskirche. Deshalb sah die Planung an dieser Stelle eine Querungsmöglichkeit über die Tramgleise vor, so ist es auch im Planfeststellungsverfahren fixiert. Doch stattdessen stehen dort jetzt Absperrgitter.
Die STV war darüber sehr erstaunt und wandte sich schriftlich an die BVG und an die zuständige und federführende Senatsverkehrsverwaltung. Auskunft bekamen sie lediglich von der BVG, die in ihrer Antwort fast entschuldigend schrieb, die Absperrung sei »nicht auf Betreiben der BVG, sondern aufgrund von Bedenken der zuständigen Technischen Aufsichtsbehörde / Straßenverkehrsbehörde erfolgt. Das Projekt wurde damit vom Senat beauflagt, hier eine Querung der Straßenbahngleise zu unterbinden.« Die Senatsverkehrsverwaltung ihrerseits hielt es nicht mal für nötig, der STV zu antworten. Geschweige denn, dass sie zuvor zumindest den Bezirk über die Bauänderung in Kenntnis gesetzt hätte.
Nun ist ein Planfeststellungsbeschluss nicht irgendein Papier, in das man am nächsten Tag seinen Fisch einwickeln kann – er ist im juristischen Sinn eine Verfügung und das Ergebnis eines aufwendigen Planfeststellungsverfahrens, bei dem sehr, sehr viele Beteiligte (darunter die Fachämter) und Betroffene einzubeziehen sind. Am Ende dieses Verfahrens steht der Feststellungsbeschluss als verbindliche Grundlage der Realisierung. Würde die Planung geändert, müsste das Verfahren wieder neu aufgerollt werden (laut §76 VwVfG).
Das Planfeststellungsverfahren für die Tramverlängerung wurde im November 2017 begonnen, wegen eines geänderten Schallschutzgutachtens der BVG mussten die Pläne dann nochmals 2019 öffentlich ausgelegt werden, im Januar 2021 lag der Planfeststellungsbeschluss vor. Schwer zu glauben, dass bei all dem ausgerechnet die Straßenverkehrsbehörde des Senats nicht beteiligt gewesen oder aber nichts mitbekommen haben soll. Jedenfalls ist der Übergang klar und deutlich in den Planungen eingezeichnet, und zwar dort, wo er auch begründet hingehört.
Die Senatsbehörde verstößt also gegen den Planfeststellungsbeschluss. Und was passiert? Nichts – natürlich, muss man in dieser Stadt wohl sagen. Der Bezirk Mitte war zwar von der einsamen Entscheidung der Verkehrsbehörde genauso brüskiert wie die Stadtteilvertretung, aber Bezirksverwaltungen können nicht gegen Senatsverwaltungen klagen, weil beide ja zur Landesverwaltung gehören. Bleibt die politische Ebene. Also stellte Taylan Kurt, Mitglied des Abgeordnetenhauses für Bü90 / Die Grünen und früher selbst mal Stadtteilvertreter, eine entsprechende Anfrage an die zuständige Senatorin im Abgeordnetenhaus. Lustigerweise werden diese Anfragen meist von denen beantwortet, deren Arbeit ja überhaupt erst Anlass der Anfrage war – also von der jeweiligen Fachverwaltung. Das ist zwar einerseits sinnvoll, weil die ja am ehesten fachlich auskunftsfähig ist, geht aber natürlich nach hinten los, wenn die Anfrage kritisch Rechenschaft fordert. Kurz: die ausweichenden Antworten auf die Anfrage lohnen es nicht, hier wiedergegeben zu werden.
Zurück bleiben: eine Senatsverwaltung, die gegen einen juristisch verbindlichen Planfeststellungsbeschluss verstößt, die aber offensichtlich nichts dabei findet und offenbar auch nicht sanktioniert werden kann; die es nicht für nötig hält, über die Entscheidung zu informieren, sie zu erklären, geschweige denn sich zu entschuldigen. Es bleiben die Absperrgitter sowie ein Übergang hundert Meter weiter, dort, wo niemand ihn braucht und wo Radfahrer jetzt gefährliche Umwege in Kauf nehmen müssen. Und eine Stadtteilvertretung und viele andere Moabiterinnen und Moabiter, die sich völlig zu Recht verarscht fühlen.
Wundert sich noch jemand, dass in dieser Stadt der Frust wächst? *us*

Ch. Eckert

müller/str

Informationen und Dokumentationen zum Lebendigen Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di und Do 9–12 Uhr,
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiterin: Mandy Adam
(030) 90 18-457 27

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
Gonzalo Milcoff (030) 9018 45409
gonzalo.milcoff@ba-mitte.berlin.de
Salma Khamis
salma.khamis@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Marcel Göbel (030) 857 57 71 39
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de
Geschäftsstraßenmanagement:
Martina Trapani (030) 857 57 71 38
M.Trapani@jahn-mack.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Frau Castelot
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 50

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße
Mo 10–13 Uhr, telefonisch: (030) 44 33 81-11
und Do 15–18 Uhr im Vor-Ort-Büro
Triftstraße 2
www.mieterberatungpb.de
team-wedding@mieterberatungpb.de

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Nutzen und Schaden dosierten Dazwischenquatschens

Sie sitzen in einem Raum mit vielen Menschen, von denen einer redet. Die Rede ist langatmig und eigentlich hat man all das heute schon mal gehört. Plötzlich bricht auf der anderen Seite des Saales gleich eine ganze Reihe in schallendes Gelächter aus.
Ehrlich gesagt, hat man nicht so genau verfolgt, was der Redner im Detail vortrug. War etwas Lustiges dabei? Aber das hätten dann auch die schweigende Mehrheit im Saal mitbekommen müssen – die jedoch blickt genauso ratlos auf die Lachenden wie Sie. Man hat etwas nicht mitbekommen. Das irritiert.

Es ist natürlich unhöflich, so eine Irritation auszulösen. Mir ist das vor Kurzem passiert. Es war beim Runden Tisch Leopoldplatz. Der war sehr voll und viele wollten zu Wort kommen, mit der Zeit wurde es immer anstrengender, den Redebeiträgen zuzuhören. Dann rutschen einem hin und wieder kurze Kommentare heraus, ganz leise, nur für die Sitznachbarn gedacht und nicht mit dem Ziel, die Konzentration zu stören, eher im Gegenteil, um die Spannung aufrecht zu erhalten. Ich zumindest kann nämlich besser zuhören, wenn ich in meinem Umfeld Resonanz wahrnehme.
In diesem Fall war die negativ. Mein Nachbar, ein in der BVV schon seit Jahrzehnten aktiver Linker, hielt den Redner für »entweder AfD oder NPD«, weil der damit begann, populistische Töne anzuschlagen. Ich fand den aber gar nicht so schlimm. Ein gewisses Maß an Populismus gehört meiner Meinung nach zur Demokratie dazu, denn ohne Emotionen wird eine Debatte zum akademischen Diskurs und ziemlich langweilig. Und wenn es wie hier um Sicherheit geht und um Angst und wenn man auf dieses Gefühl anspielt, dann wirkt man schnell populistisch. Vor allem auf die, die anders denken als man selbst.
Ich wollte den Redner deshalb nicht im dem antidemokratischen Gedankenraum stehen lassen, in den ihn mein Nachbar gestellt hatte und antwortete leise: »Nee, CDU«. Am Runden Tisch Leopoldplatz habe ich vorher noch nie jemanden von der AfD oder der NPD wahrgenommen, Zeitgenossen mit konservativer Grundeinstellung aber regelmäßig.

Allerdings musste ich meine Einschätzung bald wieder ändern. Denn der Redner benutzte auf einmal gekonnt eine Kunstpause vor der Endung »-innen« und zeigte somit, dass er die höhere Stufe des Genderns beherrscht, nämlich das Gendern in mündlicher Rede. Das lernen junge Menschen heute an der Hochschule und hier vorzugsweise in Fächern, in denen man permanent mündliche Referate vortragen muss. Aber sie pflegen die Kunst in ihrem Alltag meist nur, wenn sie spezifischen Kreisen angehören, die diese auch goutieren. Ich konnte nicht anders, als meinen neuen Verdacht auch auszusprechen: »perfekter Glottisschlag – Grüner!«
Das führte noch nicht zu hörbaren Reaktionen in meinem Umfeld. Aber offenbar hatten sich neben mir die Fraktion der Linken aus BVV Mitte versammelt, die geübt darin ist, ihre Konzentrationsfähigkeit während langweiliger Reden mit Hilfe dosierten Dazwischenquatschens aufrecht zu halten. Denn als der langatmige Redner auf sich selbst zu sprechen kam und allen ungefragt erzählte, dass er vor Kurzem bei den Grünen eingetreten sei, fing die ganze Reihe an, schallend zu lachen.
Und die, die weiter weg saßen, blickten irritiert. *cs*